

Volker Schnurrbusch zu den jüngst vorgelegten Arbeitsmarktzahlen:

„Die Flüchtlingswelle brachte keine Fachkräfte“

Kiel, 1. September 2020 **Die jüngst vorgelegten Arbeitsmarktzahlen zeigen, dass die im Zuge der seit 2015 andauernden Flüchtlingswelle als Asylbewerber eingereisten Migranten, die zumeist angeben, aus Syrien, Pakistan, Irak, Eritrea, Afghanistan, Nigeria, Iran oder Somalia zu stammen, sich nicht als die Fachkräfte erweisen, als die sie angekündigt wurden. Volker Schnurrbusch, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Die Arbeitsmarktzahlen belegen erneut, dass Daniel Günthers Spurwechsel im Asylrecht keinen Beitrag zur Fachkräftegewinnung leistet. Vielmehr zeigt sich, dass der Anteil der Migranten, die Hartz-4 beziehen, sich mehr als vervierfacht hat. Von den 72.000 Flüchtlingen in Schleswig-Holstein sind etwa 37.000 im erwerbsfähigen Alter, davon waren im April 20.000 ohne Arbeit, 17.000 in Beschäftigung, seit Corona nimmt die Arbeitslosigkeit unter Flüchtlingen jedoch wieder zu, da diese in großer Zahl in Minijobs beschäftigt sind.

Daniel Günthers Idee, dass Fachkräfte unter Umgehung geltenden Rechts direkt aus einem laufenden Asylverfahren in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen, ist eine Luftnummer. Denn es bleibt dabei, dass die im Zuge der Flüchtlingswelle einreisenden Wirtschaftsmigranten überwiegend gering- oder unqualifiziert sind und somit für kaum mehr als Hilfstätigkeiten im Niedriglohnbereich in Frage kommen, sofern sie nicht mit erheblichem Aufwand nachgeschult, qualifiziert und in Ausbildung gebracht werden.

Die Einwanderung über das Asylrecht muss dringend abgestellt werden. Sie belastet die Sozialkassen und gefährdet den sozialen Frieden. Denn nicht nur im Arbeitsmarkt für geringqualifizierte Tätigkeiten kommt es – nicht erst seit die Folgen der Lockdownkrise immer mehr durchschlagen – durch diese Zuwanderung zum Verdrängungswettbewerb. Auch der Markt für preisgünstigen Wohnraum ist mehr und mehr umkämpft.

Wofür sich Jamaika auf Bundesebene dringend einsetzen muss, dass endlich ein wirkliches Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen wird. Der Spurwechsel im Asylrecht leistet dazu keinen Beitrag.“